

18.48

**Abgeordneter Peter Wurm (FPÖ):** Frau Präsidentin! Hohes Haus! Werte Zuseher! Diese hoch spannende und sehr emotionale Diskussion zum Thema Wohnen ist wie erwartet auch sehr ideologisch. In Wahrheit war es eine Schuldzuweisung von Links gegenüber Rechts bei der Frage, wer mehr oder weniger schuld daran ist, dass die Situation so ist, wie sie ist. Und sie ist eben nicht erfreulich, ich glaube, das ist für jeden vollkommen klar. Sowohl was die Mietkosten betrifft als auch was die Schaffung von Eigentum betrifft, hat sich in Österreich eine dramatische Entwicklung ergeben, sodass man kaum noch Luft nach oben hat, um wirklich jetzt zu vernünftigen Preisen wohnen zu können.

Nun kann man das natürlich in allen ideologischen Ausbreitungen diskutieren, nur muss man, glaube ich, einmal klar die Ursachen benennen: Da ist einiges in den letzten Jahren oder Jahrzehnten aus dem Gleichgewicht geraten beziehungsweise aus dem Ruder gelaufen.

Natürlich läuft es in letzter Konsequenz sehr wohl auf Angebot und Nachfrage hinaus, darum werden wir nicht herumkommen, außer wir wollen eben einen Kommunismus, den wir, glaube ich, nicht wollen oder den die Mehrheit, glaube ich, nicht will. Angebot und Nachfrage sollten im Gleichgewicht sein, wenn das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage nicht stimmt – wir sehen es aktuell jetzt zum Beispiel bei der galoppierenden Inflation, bei den Energiekosten –, dann ist einiges im Argen.

Beim Wohnen ist es in den letzten Jahrzehnten genau so passiert. Ich darf darauf hinweisen, für jene, die es nicht wissen: In den letzten 25 Jahren gab es in Österreich einen Zuwachs von knapp einer Million Haushalte. Es gibt jetzt eine Million Haushalte mehr! Ich habe eine ähnliche Rede hier schon 2016 gehalten und darauf hingewiesen. Wenn man dann einmal echt darüber ungeschminkt diskutiert und quasi der Ursache einmal auf den Grund geht, dann muss man auch sagen, dass die ungebremste Zuwanderung nach Österreich natürlich den Wohnungsmarkt entsprechend angeheizt hat; darum kommen wir nicht herum.

Dieses Thema haben wir jetzt und deswegen sind Angebot und Nachfrage komplett aus dem Ruder gelaufen. Jetzt gibt es sehr, sehr viele Schrauben, an denen man drehen kann, einige wurden aufgezeigt. Weil Frau Tomaselli gesagt hat, Sie tun da so viel, möchte ich jetzt aber schon einmal aktuell, was die Regierung betrifft, darauf hinweisen, was das in der Realität heißt, wenn ÖVP und Grüne ein neues Gesetz machen. Es wurde im Herbst letzten Jahres ein neues Gesetz, eine Novelle zum

Wohnungseigentumsgesetz, durch ÖVP und Grüne verabschiedet, in dem quasi die gesetzliche Untergrenze für die Rücklagen mit 90 Cent je Quadratmeter fixiert wurde.

Das wird jetzt mit 1. Juli schlagend (*Zwischenruf der Abg. **Tomaselli***) – einige von Ihnen werden vielleicht auch eine Vorschreibung bekommen haben –, das bedeutet jetzt ganz konkret bei einer 100-Quadratmeter-Wohnung eine Erhöhung von 28 Euro pro Monat oder 21 Prozent. Das ist die Realität, wenn Sie, ÖVP und Grüne, sagen, Sie machen etwas für den Wohnungsmarkt. Frau Kollegin Tomaselli, das wirkt sich jetzt so aus, und zwar für Wohnungseigentümer und in weiterer Folge für Mieter. Das heißt, summa summarum sind es ungefähr 350 Euro, nur aus diesem Titel heraus. (*Abg. **Tomaselli**: Der Mieter muss es gar nicht zahlen! Der Vermieter muss es zahlen!*) Gemacht haben Sie es ja auch, um quasi vorzusorgen, damit man dann entsprechende Wärmedämmungen machen kann und, und, und. Alles ganz klar, aber für die Mieter und Eigentümer heißt das jetzt mit 1. Juli knapp 28 Euro pro Monat mehr, nur aus diesem Titel heraus.

Ein zweites Beispiel habe ich von einer Sozialwohnung, bei der sich also quasi in den letzten sechs Monaten die Vorschreibung für eine Wohnung – warm, inklusive Heizung – von 659 Euro auf 785 Euro erhöht hat, was ein monatliches Plus von 126 Euro oder 19 Prozent für ist – für eine Sozialwohnung! Da sind wir beim Thema der Nebenkosten, der Betriebskosten, die natürlich in ganz Österreich explodieren, ob jetzt in Wien oder in Vorarlberg, vollkommen egal, das zieht sich durch wie ein Rattenschwanz.

Das heißt, es gibt einfach Problemstellungen, angesichts derer die Menschen draußen sagen: Okay, alles nett, was ihr da im Parlament beschließt, aber ich spüre es nicht, ganz im Gegenteil, das Wohnen wird für mich, egal ob Mieter oder Eigentümer, jeden Monat teurer! Es wird nicht einfach werden, sage ich, dieses Problem in den Griff zu kriegen, das wissen wir alle, aber man sollte einmal ungeschminkt auch über die Ursachen nachdenken, denn es wird kein Wunder geben. Alle Entwicklungen, die ich jetzt aufgezeigt habe, sind ja erst der Anfang. Auch die Energiekosten und sonstigen Dinge werden Monat für Monat höher.

Ja, ich würde einfach bitten, und zwar alle im Bautenausschuss, ohne ideologische Scheuklappen einmal wirklich vernünftig über das Thema zu reden und wirklich zu versuchen, Angebot und Nachfrage wieder halbwegs in den Griff zu bekommen, und zwar sowohl im Eigentumsbereich als auch im Mietbereich. Wir alle sind aufgefordert, über unseren Schatten zu springen (*Zwischenruf der Abg. **Tomaselli***), denn die Nagelprobe sind die Wohnungskosten für die Bürger, und diesbezüglich gibt es, Frau Kollegin

Tomaselli, von dieser Regierung nichts vorzuweisen. (*Zwischenruf des Abg. Leichtfried.*) Das ist kein Erfolg der Regierung, Frau Kollegin Tomaselli. Die Kosten steigen und dagegen sollten Sie endlich einmal etwas machen. – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

18.54